

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushaltsplanentwurfes für das Haushaltsjahr 2026

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren,

die Beratung und Verabschiedung des Haushalts sind eine der zentralen Aufgaben dieses Gremiums. Sie verlangt Nüchternheit, Verantwortung und einen klaren Blick auf die finanziellen Rahmenbedingungen, unter denen wir handeln.

Die weltpolitischen Entwicklungen stellen viele Ebenen vor große Herausforderungen. Für unseren Kreis bedeutet das vor allem eines: Wir müssen mit begrenzten finanziellen Spielräumen umsichtig und vorausschauend umgehen.

Dabei haben wir uns an einer entscheidenden Frage orientiert: Was erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns? Die Antwort ist eindeutig. Sie erwarten, dass wir Prioritäten setzen, sparsam wirtschaften und bereit sind, gewohnte Pfade zu hinterfragen, um die Zukunft unseres Kreises verantwortungsvoll zu gestalten.

Unter diesem Aspekt haben wir uns intensiv mit dem Haushaltsentwurf befasst und Positionen definiert, zu denen wir Anfragen und Anträge gestellt haben.

Schauen wir auf das finale Ergebnis in der Übersicht der Anträge, so könnte man sagen – nichts erreicht. 3 x Antrag abgelehnt, 4 x in der Sitzung zurückgezogen, 1 x verschoben, 1 x war der CDU-Antrag der weiterführende.

Aber stimmt das auch? Mit dem Antrag auf pauschale Kürzung um 10% der Ansätze für bewegliches Anlagevermögen haben wir unser Ziel erreicht.

Die CDU hat unsere Anmerkung zu den Sitzmöbeln im Sparkassenforum aufgegriffen und den Antrag auf Streichung gestellt – genehmigt.

Die Verwaltung hat die Anschaffungsliste überprüft und festgestellt, dass das Schulungsfahrzeug für das Berufskolleg gar nicht mehr bestellbar ist – Ziel erreicht.

Es wird genauer hingesehen und bei Anschaffungen werden – hoffentlich – Alternativen geprüft und Vergleichsangebote eingeholt – Ziel erreicht.

Die Investition für neue Kassenautomaten wird nochmal genauer geprüft und in der nächsten Sitzung erneut beraten, ob die Umstellung auf bargeldlosen Zahlungsverkehr in den Zulassungsstellen und im Ausländeramt umsetzbar sind. Ich gehe davon aus – ja, umsetzbar, denn in anderen Kreisen und Kommunen ist das schon gelebte Realität.

Und der Antrag zur Begrenzung des Stellenaufwuchses wurde vom CDU-Antrag getoppt, so dass wir dem gut zustimmen können.

Das Thema Pensionsfond wird uns weiterhin begleiten. Wichtig war uns bei der Antragstellung darauf hinzuweisen, dass ein weiter so nicht auf Dauer funktionieren kann. Wir erwarten, dass das Thema Pensionsrückstellungen und Umgang mit den Fonds in den nächsten Sitzungen aufgearbeitet wird, die Zielsetzung und Langfristigkeit der Fonds transparent dargestellt und in Bezug auf die desolate Situation der kommunalen Familie eingeordnet wird.

Aktuell stellen z. B. Ahlen, Warendorf, Beckum ihre Haushalte auf den Kopf und versuchen dringend benötigte Einsparpotentiale zu definieren. Dass das ein schwieriges Unterfangen ist, brauche ich niemandem zu sagen.

Steigende Sozialkosten fressen jeglichen Spielraum auf. Die Hilfen zur Pflege steigen rasant. Die Bereiche Jugendhilfe, außerfamiliäre Betreuung, Schulsozialarbeit, Kosten der Flüchtlingskrise mit einer Deckungslücke von knapp 20 Mio. €, und, und, und...

Weiterhin sind die Belastungen durch die Landschaftsumlage in den letzten Jahren immens angestiegen und reduzieren die finanziellen Spielräume im Haushalt. Ich zitiere ein Fraktionsmitglied, dass die Situation genau getroffen hat: "Der LWL sitzt in seinem Nest wie eine Glucke über den goldenen Eiern."

Steigende Tariflöhne im öffentlichen Dienst, die digitale Transformation und die Kosten für Lizenzen und IT-Sicherheit führen zu erheblichen Mehraufwendungen.

Nicht zu vergessen die Investitionsstaus im Hoch- und Tiefbau für Straßen, Radwege, Schulgebäude, OGS-Anforderungen, und vieles mehr.

Zum Thema Straßen haben wir lange diskutiert, uns einzelne Klassifizierungen angesehen und sind zu dem Schluss gekommen, dass die Sanierungskriterien beim Straßenbauamt wesentlich früher greifen als bei den Kommunen. Es fällt oft schwer, den BürgerInnen zu erklären, warum eine augenscheinlich gute Straße saniert wird und die städtischen Straßen weiterhin mit Schlaglöchern durchwachsen sind.

Hoffen wir, dass der Bauturbo, den das Land NRW aktuell so propagiert auch bei uns im Kreis ankommt und das Bauen im Bestand, Neubau und sozialen Wohnungsbau ankurbelt. Und nicht die negativen Unkenrufe aus der Bevölkerung Recht bekommen, die dem Bauamt Verhinderung, Verzögerung und Arbeiten wie Asterix in Rom vorwerfen.

Hoffen wir auch, dass die Investitionshilfen des Landes und des Bundes ankommen in den Kommunen und im Kreis und nicht nur als Füllmittel für die leeren Haushalte erhalten müssen, denn dazu sind sie nicht gedacht.

Und hoffen wir weiterhin, dass der Kreis – die Mitarbeitenden und die Politik – mutig und positiv in die Zukunft blicken und sich nicht durch Unkenrufe beeinflussen lassen. Nur Fortschritt kann der Weg für eine Zukunft mit Perspektive sein. Zaudern und beharren an alten Mustern hemmt, bremst aus und sorgt dafür, dass der Kreis abgehängt wird im Ranking der Mitakteure.

Was können wir tun? Immer wieder auf die Brisanz der kommunalen Haushalte hinweisen, an allen Stellen und unsere Multiplikatoren auffordern, ihre Stimme in die Waagschale zu werfen.

So wie er ist, ist der Haushalt wie ein Fass ohne Boden. Während die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben und die sozialen Lasten immer weiter steigen, fließen die Erstattungen von Bund und Land nur spärlich nach, während gleichzeitig die mühsam angesparten Reserven als rettender Boden unter den Füßen wegzubrechen drohen.

Abschließend möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung, bei den Mitgliedern des Kreistages

und der politischen Gremien sowie bei den Mitgliedern der FWG-Kreistagsfraktion für die konstruktive Beratung und Zusammenarbeit bedanken. Nur gemeinsam können wir Ziele erreichen.

Die FWG-Kreistagsfraktion stimmt dem Haushalt in der beratenen Form zu.

Dorothea Nienkemper

FWG-Fraktionsvorsitzende